

Presseservice der SPD

Bonn, den 6. Juni 1989

420/89

10

20

30

40

50

60

Mitteilung für die Presse

Gerd Walter: Südafrika-Politik der Bundesregierung gehört auf Anklagebank

Das "größte Hindernis für eine aktive Anti-Apartheid-Politik der EG" hat der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Gerd Walter, die Bundesregierung genannt. Beim Parlamentarischen Seminar der AWEPA (Association of West European Parliamentarians Against Apartheid) zum Thema "Menschenrechte in Südafrika" erklärte Walter heute in Bonn:

"Die Bundesregierung gehört auf die Anklagebank. Die Südafrika-Politik ist ein schwarzer Fleck auf der Weste des Bundesausenministers, von dem der Satz stammt "Apartheid kann man nicht reformieren, Apartheid muß man abschaffen". Es ist die Aufgabe Hans-Dietrich Genschers, den Sonntagsreden endlich Taten folgen zu lassen. Das ganze Gerede, das Europaparlament müsse ernster genommen werden, kann an diesem Punkt unter Beweis gestellt werden. Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit zuletzt in der Entschließung vom 7. August 1988 weitere Sanktionen gefordert. Nämlich: Einfuhrverbot für Kohle; Verbot neuer Darlehen für die südafrikanische Regierung; keine neuen IWF-Kredite; Einfuhrverbot für Agrarerzeugnisse; Einfuhrverbot für Bodenschätze; Einstellung des Flugverkehrs mit Südafrika; Reduzierung der diplomatischen Vertretungen der EG-Staaten in Pretoria und der südafrikanischen Botschaften in den Hauptstädten der Gemeinschaft.

Die Südafrika-Politik dieser Bundesregierung zielt genau in die entgegengesetzte Richtung. Obgleich die Bundesregierung 1985/86 im EG-Ministerrat Sanktionen gegen Südafrika zugestimmt hat, hat sie diese Beschlüsse in der Bundesrepublik nur in Ansätzen umgesetzt, haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik weiter verstärkt. Obwohl Bundesausenminister Genscher und seine Außenministerkollegen 1985/86 beschlossen haben, ihre

Entscheidung über Sanktionen nach der Umsetzung zu überprüfen und ggf. neue Sanktionen zu beschließen, ist bis heute nichts geschehen. Hauptbremser ist die Bundesregierung. Die Politik dieser Bundesregierung stabilisiert das südafrikanische Regime wirtschaftlich und liefert der Regierung am Kap Argumente zur Rechtfertigung ihrer Politik. Ich fordere den Bundesaußenminister auf, die bisherigen Sanktionsbeschlüsse zu überprüfen und die Forderungen des Europäischen Parlaments in die Tat umzusetzen."